

3  
4  
5 Entwurf des Antrages an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages  
6 am 12./13. Oktober 2013  
7  
8  
9  
10

11 **Kommunalpolitische Leitlinien**  
12 **DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt**  
13  
14  
15

16 Eine den Menschen zugewandte Politik muss da stattfinden, wo sie zu Hause sind:  
17 in ihren Städten, Dörfern und Landkreisen. Hier berühren alle Entscheidungen der  
18 Politik ihre unmittelbaren Lebensinteressen, wie zum Beispiel die Verfügbarkeit von  
19 Kindertagesstättenplätzen, Schulstandorte, Wasser und Abwasser, Strom und Gas,  
20 die Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplätze, Wohnungen, Kultur- und Sportein-  
21 richtungen und nicht zuletzt Freizeit und Erholung.

22 In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Städte und Gemeinden in Sachsen-  
23 Anhalt zu attraktiven lebenswerten Siedlungen entwickelt. Dennoch kann diese  
24 Entwicklung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch hier noch Probleme wie  
25 individuelle soziale Notlagen, Arbeitslosigkeit und Armut zu bewältigen gibt.

26 Die Kommunen sind immer weniger dazu in der Lage, die Unterschiede in den  
27 wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensumständen ihrer Einwohnerinnen  
28 und Einwohner abzuschwächen oder gar auszugleichen.

29 Handlungsspielräume von Kommunalpolitik werden immer geringer und machen die  
30 scheinbare Ohnmacht von Politik im Spiel um Globalisierung, Finanzkrise und EU-  
31 Wettbewerbspolitik deutlicher. Kommunale Selbstverwaltung verkommt zu einer  
32 Worthülse (sinnentleerten Phrase). Unterfinanzierte und überforderte Kommunen  
33 sind immer mehr zur Mangelverwaltung gezwungen. Die Aufgaben der öffentlichen  
34 Daseinsvorsorge werden systematisch durch finanzielle Kürzungen, bilanzielle  
35 Überschuldung und fehlende Werterhaltung ausgedünnt. Schon jetzt müssen  
36 Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Begegnungs-  
37 stätten, Brücken und Straßen auf Grund fehlender Investitionsmittel gesperrt,  
38 geschlossen oder eingeschränkt betrieben werden.

39 Der Landesverband der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich gemeinsam mit  
40 den Kandidatinnen und Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen zu den  
41 Kreistagen, zu den Einheitsgemeinden und Mitgliedsgemeinden von Verbands-  
42 gemeinden sowie Oberbürgermeister- und Landrätewahlen auf zwei Grundsätze  
43 linker Kommunalpolitik konzentrieren:  
44

45 1. Kommunalpolitische Entscheidungsprozesse betreffen das Lebensumfeld  
46 aller Einwohnerinnen und Einwohner; sie sind daher stärker in die  
47 Gesellschaft hinein zu verlagern, d.h. **mit und durch** die Bürgerinnen und  
48 Bürger, Vereine, Verbände, Institutionen und mit der Wirtschaft vorzu-  
49 bereiten und umzusetzen. Deshalb gilt es, nach einigen Jahren der  
50 Diskussion und zahlreichen Beschlussfassungen, das **Leitbild der**  
51 **Bürgerkommune** als Markenzeichen linker Kommunalpolitik im  
52 kommunalpolitischen Alltag konsequent zu entwickeln und mit Leben zu  
53 füllen. Linke Kommunalpolitik ist **Politik zum aktiven Mitgestalten**. Dieser  
54 Ansatz geht über die Zielstellung von „Mehr Demokratie“ hinaus.

55  
56 2. Jede kommunalpolitische Entscheidung soll auf den **Prüfstand der sozialen**  
57 **Gerechtigkeit** gestellt werden. Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern  
58 die Chancengleichheit für alle Einwohnerinnen und Einwohner gesichert und  
59 verbessert werden kann, mit welchen politischen Angeboten die Geschlech-  
60 terverhältnisse gerechter gestaltet und die vielfältigen Formen des Zusam-  
61 menlebens von Menschen respektiert und gleichermaßen gefördert werden  
62 können. Wir wollen der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, die  
63 Folgen von Armut abfedern und Armut langfristig beseitigen, Hilfe – auch zur  
64 Selbsthilfe – anbieten, ohne zu bevormunden.

65  
66 Die vorliegenden kommunalpolitischen Leitlinien sind sowohl Arbeitsgrundlage für  
67 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN als auch eine Einladung an  
68 Aktive innerhalb und außerhalb der Partei – zur inhaltlichen Diskussion,  
69 Fortschreibung und Weiterentwicklung. Dabei sind uns der Erfahrungsaustausch  
70 und die Weitergabe von guten praktischen Beispielen besonders wichtig.  
71 Die Herausforderung an linke Kommunalpolitik verstehen wir so: Kommunen  
72 müssen organisatorisch, personell und finanziell ertüchtigt werden, die Aufgaben  
73 der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erfüllen.

74  
75  
76

## 77 **1. Städte und Gemeinden als Orte des Diskurses und der** 78 **demokratischen Beteiligung inmitten der digitalen Gesellschaft**

79  
80 Was wäre Kommunalpolitik ohne die vielen ehrenamtlich tätigen Frauen und  
81 Männer in den kommunalen Gebietskörperschaften, den Vereinen, Verbänden und  
82 Initiativen?

83 DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung des Ehrenamtes ein. Wir werden die  
84 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger intensiv schulen und damit dazu befähigen,  
85 die zulässigen gesetzlichen Möglichkeiten in den Hauptsatzungen und Geschäfts-  
86 ordnungen für die Wiederherstellung und Erweiterung ihrer Handlungsrahmen  
87 auszuschöpfen. Einer der Schwerpunkte wird die Überprüfung der Regelungen zu  
88 den in den Hauptsatzungen festgelegten finanziellen Entscheidungskompetenzen

89 der Verwaltungsspitzen zu Gunsten der Kompetenzen des Rates bzw. Kreistages  
90 sein.

91 Anhörungsrechte für Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen und Betroffenengruppen  
92 wollen wir in den Geschäftsordnungen festschreiben.

93 Die Kompetenzen und die Unabhängigkeit der Gleichstellungs-, Behinderten-,  
94 Integrations-, Senioren- und Kinderbeauftragten sind zu stärken. Wir wollen die  
95 Möglichkeit der Bildung von Kinder-, Jugend-, Senioren- und Ausländerbeiräten in  
96 den Hauptsatzungen verankern und ihre Einbeziehung in kommunale Entschei-  
97 dungen pflichtig vorschreiben. Unsere kommunalen Mandatsträgerinnen und  
98 Mandatsträger setzen sich für die Wiederbelebung von Jugendstadträten und  
99 Jugendkreistagen oder ähnliche Formen der Beteiligung mit verbindlichen  
100 Kompetenzen ein.

101

102 Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN werden sich für die weitere  
103 Ausgestaltung von **Bürgerkommunen** einsetzen. Dies bedeutet zum einen, dass  
104 die Einwohnerinnen und Einwohner stärkere Möglichkeiten erhalten, aktiv die  
105 Entscheidungsprozesse ihrer Kommune zu beeinflussen und zum anderen, dass die  
106 gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger stärker als bisher zu  
107 Moderatoren innerhalb dieser strategischen Bürgerbeteiligung werden. Dabei steht  
108 die Frage im Mittelpunkt, wie die Einwohnerinnen und Einwohner leben wollen und  
109 welche Faktoren für sie wichtig sind. Dazu gehört für uns, den Interessen von  
110 Kindern und Jugendlichen stärkeres Gewicht im Gemeinwesen zu verleihen. Wir  
111 wollen gelebte Demokratie fördern und setzen uns dafür ein, bei Kommunalwahlen  
112 das passive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken.

113

114 Unsere Konzepte der Bürgerbeteiligung beziehen sich auf die Einwohnerinnen und  
115 Einwohner. Gemeint sind damit alle, die mindestens seit drei Monaten ihren  
116 Aufenthalt in der Gemeinde haben. Die Stärkung der Dienstleistungsfunktion der  
117 Verwaltung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern ist Bestandteil unseres  
118 Ringens hin zu einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung und Effektivierung  
119 der Angebotsleistungen.

120

121 Die Umsetzung dieser Zielstellung bedingt eine qualifizierte finanzielle, personelle  
122 und materielle Ausstattung der Fraktionen und der einzelnen Mandatsträgerinnen  
123 und Mandatsträger.

124

125 Ein entscheidendes Kernelement der Bürgerkommune ist der **Bürgerhaushalt**. Ein  
126 erster Schritt hierfür ist, dass die Haushaltsaufstellungs- und umsetzungsverfahren  
127 transparent und lesbar dargestellt werden. Das Haushaltsaufstellungsverfahren  
128 muss auch die Folgen von Schwerpunktsetzungen auf andere Bereiche kenntlich  
129 machen.

130

131 Wir setzen uns dafür ein, dass die Einwohnerfragestunden zeitlich und örtlich für die  
132 Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner erreichbar stattfinden. Wir wollen

133 regelmäßige Einwohnerversammlungen fest verankern. Kinder und Jugendliche  
134 sollen zukünftig ohne Alterseinschränkung Einwohneranträge zu allen kommunalen  
135 Angelegenheiten stellen dürfen. Darüber hinaus müssen intensivere Formen des  
136 Informationsaustausches zwischen den Kommunen und der interessierten  
137 Einwohnerschaft genutzt werden, etwa per Livestream oder Internet.

138  
139 Wir wirken darauf hin, dass die Kommunen strategische Leitbilder erarbeiten. Im  
140 Mittelpunkt steht dabei für uns die stetige Bemühung, Antworten auf die Frage:  
141 „Wie wollen Menschen leben?“ zu finden.

142  
143 Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Bürgerkommune ist die stärkere Bürger-  
144 beteiligung. Demokratisierung bedeutet für uns, dass bei anstehenden  
145 Entscheidungen, insbesondere grundsätzlicher Art – etwa in der Frage nach  
146 Privatisierungen oder Rekommunalisierungen – Bürgerentscheide anzu-  
147 streben/durchzuführen sind. Dieses Instrument wollen wir offensiv nutzen.  
148 Vorstellbar wäre, diese Entscheidungen an Wahltermine zu koppeln.

149  
150 DIE LINKE erachtet Gefahrenabwehrverordnungen (Stadtordnungen) als probates  
151 Mittel zur Regelung eines friedlichen und gut nachbarlichen Zusammenlebens in  
152 Städten, Dörfern und Gemeinden. Einer zunehmend zu beobachtenden Tendenz der  
153 Beschneidung/Abgrenzung öffentlicher Räume (bspw. Alkoholverbote auf öffent-  
154 lichen Plätzen, Vertreibung von Menschen ohne festen Wohnsitz) stellt sich DIE  
155 LINKE entgegen.

156

157

158

## 159 **2. Städte und Gemeinden: Ein Ort des Wirtschaftens, der Innovationen,** 160 **des sozialen Ausgleichs**

161

162 Die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind stark von den demografischen Umbrüchen  
163 und Binnenwanderungsprozessen betroffen. Das führt zu weitreichenden Folgen für  
164 die kommunale Daseinsvorsorge und für die Infrastruktur.

165

166 Zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge muss die Aufgabenwahrnehmung  
167 der Kommunen auf Grund neuer nationaler Entwicklungsprozesse, aber auch durch  
168 internationale Einflüsse, wie Globalisierung und europäische Gesetzgebung, neu  
169 gewichtet werden. Dabei wird sich DIE LINKE inhaltlich strikt am Leitbild einer  
170 sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit orientieren. Das  
171 bedeutet auch, ökologische, soziale und andere am Gemeinwohl orientierte  
172 Aspekte verbindlich als Ziele in die Ausschreibungen und Vergaben von Leistungen  
173 aufzunehmen.

174

175 Darüber hinaus streitet DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auch weiterhin für einen im  
176 Landesvergabegesetz verankerten europarechtskonformen Mindestlohn von 10  
177 Euro bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

178

179 Zu den wesentlichen Kriterien gehören für uns die qualitative und quantitative  
180 Versorgungssicherheit bei universellem und gleichem Zugang für alle. Die  
181 Beseitigung räumlicher und kommunikativer Barrieren, die Transparenz und die  
182 Sicherung eines Kontrollrechtes der Bürgerschaft und der kommunalen Vertre-  
183 tungen sowie ein hohes Niveau des Umwelt- und Verbraucherschutzes sind  
184 elementare Bestandteile der formulierten Anforderungen.

185

186

## 187 **2.1. Kommunale Arbeitswelt und Wirtschaft**

188

189 DIE LINKE setzt sich für gute Arbeit ein. Das beinhaltet, soziale und gesundheitliche  
190 sowie demokratische Mitbestimmungsstandards in der Arbeitswelt zu erhalten und  
191 auszubauen. Die Kommunen haben hier sowohl bei der öffentlichen Auftrags-  
192 vergabe als auch in ihrer Funktion als öffentlicher Arbeitgeber eine Vor- und  
193 Leitbildfunktion.

194

195

### 196 **2.1.1. Kommunale Wirtschaftsunternehmen**

197

198 Die kommunalen Wirtschaftsunternehmen sind für viele Kommunen ein wichtiges  
199 Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in  
200 der Region. Unser kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf den Erhalt und  
201 die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit kommunaler Unternehmen,  
202 insbesondere der Stadtwerke, damit diese ihrer sozialen Verantwortung  
203 nachkommen können.

204

205 Öffentliche Dienstleistungen und Güter sollen für alle Bürgerinnen und Bürger  
206 unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zugänglich  
207 sein. Das erreichen wir, indem kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge  
208 erhalten, gestärkt oder wieder geschaffen werden. Wir definieren Daseinsvorsorge  
209 als Grundversorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienst-  
210 leistungen. Dazu gehören Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserent-  
211 sorgung, Wohnungswirtschaft und öffentlicher Verkehr, Erziehung, Bildung und  
212 Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken und Wohlfahrtspflege sowie  
213 Telekommunikation. In diesen Bereichen sollen Kommunen sich wirtschaftlich  
214 betätigen können. Hier hat für uns Versorgungssicherheit Vorrang vor  
215 Wettbewerbs- oder Gewinnüberlegungen.

216

217 Allen entgegenlautenden Behauptungen zum Trotz: Kommunen und kommunale  
218 Unternehmen behindern die wirtschaftliche Entwicklung nicht, sondern sind auch  
219 für die ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen wichtige Auftraggeber und Partner.

220 Auch deshalb wird sich DIE LINKE für die Rekommunalisierung von Aufgaben der  
221 Daseinsvorsorge einsetzen.  
222

223 Doch nicht allein das formale Eigentum an kommunalen Unternehmen steht für DIE  
224 LINKE im Mittelpunkt ihrer Kommunalpolitik, sondern der Nutzen für die  
225 Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Unternehmen müssen ihre Leistungen an den  
226 Bürgerinnen und Bürgern ausrichten, wirtschaftlich und transparent arbeiten und  
227 ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Sie sind für uns weder Konsoli-  
228 dierungsmasse noch Geldbeschaffungsmittel für den Haushalt.  
229

230 Für uns haben der kommunale Eigenbetrieb und die Anstalt öffentlichen Rechts  
231 Vorrang vor anderen Rechtsformen, da sie den Einfluss der Kommunalvertretungen  
232 auf das Unternehmen sichern. Anderen Rechtsformen wird DIE LINKE nur dann  
233 zustimmen, wenn in den Gesellschaftsverträgen der kommunale Einfluss gesichert  
234 ist. Wir werden bei bestehenden Gesellschaften darauf hinwirken, entgegen-  
235 stehende Gesellschaftsverträge diesbezüglich zu verändern.  
236

237 DIE LINKE lehnt den Verkauf oder anderweitige Privatisierung kommunaler  
238 Unternehmen ab. Sie wird überall Bürgerentscheide initiieren, wo Privatisierung  
239 versucht wird.  
240

241 Unabhängig von der Unternehmensgröße setzt sich DIE LINKE für eine angemes-  
242 sene Vertretung der Beschäftigten in den Aufsichtsgremien kommunaler  
243 Unternehmen ein.  
244

245 In den Eigenbetriebsausschüssen, Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler  
246 Unternehmen wirken die Mandatsträger der LINKEN darauf hin:

- 247 • dass Aufträge vor allem in die Region vergeben werden, um die
- 248 ortsansässigen Unternehmen zu stärken,
- 249 • dass Ausschreibungen großer Aufträge so gestaltet werden, dass regionale
- 250 Unternehmen zum Zuge kommen,
- 251 • dass das Unternehmen bei seiner Preisgestaltung seiner sozialen
- 252 Verantwortung gerecht wird; das schließt Sozialtarife ein,
- 253 • dass auf Geheimhaltung von Unternehmensangelegenheiten verzichtet wird,
- 254 wo Belange der Bürgerinnen und Bürger betroffen sind,
- 255 • dass die Gewinne der Unternehmen für die Reinvestition in öffentliche
- 256 Zwecke verwendet werden und
- 257 • dass die Vergabe von Spenden und Sponsoring öffentlich und durch von der
- 258 Kommune legitimierte Gremien erfolgen.

259

260 Wir sprechen uns für eine Kooperation von kommunalen Unternehmen über  
261 Gemeinde- oder Landkreisgrenzen hinaus aus. Bedingung hierfür ist, dass der  
262 Einfluss der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Kommune  
263 gewahrt bleibt.  
264

265 Zur Daseinsvorsorge zählen für DIE LINKE auch starke Sparkassen in den Regionen.  
266 Sie stellen die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sicher. Die Vergabe von  
267 Krediten an Klein- und Mittelunternehmen ist zudem ein festes Standbein der  
268 Regionalwirtschaft. In den Verwaltungsräten der Sparkassen setzen sich unsere  
269 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für bezahlbare Kontoführungsgebühren,  
270 maßvolle Dispositionskreditzinsen und die Bereitstellung von Guthabenkonten für  
271 alle Bürgerinnen und Bürger ein. Dort, wo Sparkassen Aufgaben überregional  
272 ausgliedern (Datenverarbeitung, Callcenter), werden wir strikt darauf achten, dass  
273 für die dort Beschäftigten die Arbeits- und Tarifbedingungen der Sparkassen gelten.  
274

275 DIE LINKE setzt sich für Rekommunalisierungen öffentlicher Aufgaben insbesondere  
276 in den Bereichen Stadtwerke, Abfallbeseitigung usw. ein.  
277

278 Beabsichtigt die Kommune, ein Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen  
279 Rechts oder des Privatrechts zu errichten, zu übernehmen, wesentlich zu erweitern  
280 oder seine Rechtsform innerhalb des Privatrechts zu ändern, so soll dazu grund-  
281 sätzlich ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Grundlage für die Entscheidung  
282 soll eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der öffentlich- und der  
283 privatrechtlichen Organisationsformen im konkreten Fall sein. Dabei sind die  
284 organisatorischen, personalwirtschaftlichen, mitbestimmungsrechtlichen sowie  
285 wirtschaftlichen, finanziellen, haftungsrechtlichen und steuerlichen Unterschiede  
286 und die Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt und die Entgeltgestaltung  
287 (Gebühren, Beiträge) darzustellen.  
288

289 Wir setzen uns dafür ein, dass unsere kommunalen Unternehmen Sozialtarife für  
290 Mobilität, Energie, Wärme und Wasser anbieten.  
291

292

### 293 **2.1.2. Öffentlicher Dienst**

294

295 DIE LINKE wird sich in den kommunalpolitischen Gremien dafür einsetzen, dass für  
296 die kommunalen Beschäftigten sämtliche arbeitsrechtliche Standards eingehalten  
297 werden. Das gilt ausdrücklich auch für kommunale Eigenbetriebe. DIE LINKE strebt  
298 in den kommunalen Körperschaften an, dass alle kommunal Beschäftigten über  
299 Personal- und Betriebsräte Mitbestimmungsrechte erhalten und nutzen können.  
300 Einseitige Absenkung sozialer oder tariflicher Leistungen lehnen wir ebenso ab wie  
301 Bestrebungen einzelner Kommunen, aus dem kommunalen Arbeitgeberverband  
302 auszutreten. Berechtigte regelmäßige tarifliche Anpassungen werden wir angemes-  
303 sen in den kommunalen Haushaltsplanungen berücksichtigen. Positionen, diese  
304 berechtigten Tarifanpassungen gegen kommunale soziale Leistungen auszuspielen,  
305 tritt DIE LINKE in den Kommunen entgegen. Betriebsbedingte Kündigungen  
306 kommunal Beschäftigter will DIE LINKE vermeiden und – soweit dies tatsächlich  
307 betriebswirtschaftlich unvermeidbar ist – stets durch einen Sozialplan abfedern.  
308 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werben für die  
309 Teilnahme kommunaler Verwaltungen an der jährlichen Erhebung des DGB-Index

310 „Gute Arbeit“ und bringen die Ergebnisse in die kommunalen Beratungen ein.  
311 Kommunalen Vereinbarungen mit Personalräten über Regelungen von Teilzeitarbeit  
312 sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung oder Pflege stehen linke  
313 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aufgeschlossen gegenüber.  
314 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden bei der  
315 Besetzung von Stellen, insbesondere von Führungspositionen in der Verwaltung, auf  
316 fachliche Eignung statt parteipolitische Loyalität sowie auf die geschlechter-  
317 paritätisch angemessene Besetzung drängen. Migrantische BewerberInnen werden  
318 wir besonders berücksichtigen. DIE LINKE wird sich in kommunalen Vertretungs-  
319 körperschaften dafür einsetzen, dass angeordnete Mehrarbeit in der kommunalen  
320 Verwaltung vermieden wird.

321

322

### 323 **2.1.3. Freie Träger**

324

325 Soweit die Kommune Gemeinwohlaufgaben durch freie Träger erfüllen lässt, setzen  
326 sich linke kommunale MandatsträgerInnen dafür ein, dass diese Aufgaben durch  
327 freie Träger nur dann dauerhaft vergeben werden, wenn diese gleichartige  
328 arbeitsrechtliche Standards wie kommunal Beschäftigte, nämlich betriebliche  
329 Mitbestimmung sowie tarifliche und ökologische Standards sowie geschlechtliche  
330 und weltanschauliche Diskriminierungsfreiheit bei der Aufgabenerfüllung,  
331 garantieren. Das gilt auch für religiöse Tendenzbetriebe.

332

333 Werden freie Träger diesen Anforderungen nicht gerecht, streben linke kommunale  
334 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger an, diese Aufgaben durch kommunale  
335 Träger ausführen zu lassen.

336

337

### 338 **2.1.4. Öffentliche Auftragsvergabe**

339

340 Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein wichtiger Steuerungshebel für gute  
341 Arbeitsverhältnisse vor Ort. Obwohl das ab 2013 geltende Vergabegesetz Sachsen-  
342 Anhalt einen konkreten Mindestlohn nicht vorsieht, räumt dieses jedenfalls die  
343 Möglichkeit ein, bei der Auftragsvergabe zusätzliche Kriterien einfließen zu lassen,  
344 wie etwa Mitbestimmungsfaktoren, die Anzahl der Auszubildenden, Maßnahmen zur  
345 Familienförderung oder Umweltkriterien und -standards. Linke kommunale  
346 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden diese Möglichkeiten der  
347 Ausschreibung und Zuschlagserteilung offensiv nutzen. Wir werden öffentlich dafür  
348 werben, dass nicht die Dumping-Billigheimer, sondern ehrliche und seriöse  
349 Unternehmen mit dauerhaft tragfähigen und regional verankerten  
350 betriebswirtschaftlichen Konzepten sowie guten Arbeitsbedingungen kommunale  
351 öffentliche Aufträge erhalten. Linke kommunale MandatsträgerInnen werden bei  
352 ihrer Argumentation die gesamtwirtschaftlich sowie mittelfristig positiven  
353 Auswirkungen dieser Auftragsvergabe den kurzfristigen Einspareffekten



354 gegenüberstellen. Unsere politische Forderung „Gute Arbeit – gute Löhne“ ist  
355 Entscheidungskriterium für linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

356

357

## 358 **2.2. Wohnen/Mieten**

359

360 Linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich dafür ein, dass  
361 kommunale Wohnungsunternehmen nicht privatisiert werden und ausreichender  
362 und bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht.  
363 Attraktive Stadt- und Gemeindeentwicklungspolitik heißt für uns, dass  
364 Gentrifizierung überwunden wird: Dazu gehören für uns beispielsweise soziale  
365 Wohnraumbindung sowie Konzepte für integrative Stadtentwicklung.

366

367 Mieterhöhungen allein wegen Weiter- und Neuvermietung sind unzulässig.  
368 Qualifizierte Mietspiegel und ergänzende Betriebskostenspiegel müssen  
369 flächendeckend auf Grundlage aller Bestandsmieten erstellt werden. Kommunen  
370 sollen das Recht erhalten, auf dieser Grundlage Höchstmieten bzw. Mietober-  
371 grenzen festzulegen.

372

373

## 374 **2.3. Soziale Daseinsvorsorge**

375

376 Die soziale Daseinsvorsorge beinhaltet in der Kommune ausreichende Beratungs-,  
377 Hilfs- und Präventionsangebote für Familien, Senioren, Kinder und Jugendliche in  
378 allen Sozialräumen. Eine integrierte, trägerübergreifende, in der Fläche vernetzte  
379 und niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang ist die dafür unerläss-  
380 liche Bedingung. Wichtige Voraussetzung für diese Standards sind die Qualifikation  
381 und die tarifgebundene Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen  
382 auch weiterhin die gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Land und  
383 Kommunen unterstützen.

384

385 Grundlage dafür sind strategische Sozialplanungen in den Kommunen.

386

387 DIE LINKE fordert, kommunale Spielräume für eine ortsnahe kommunale Grundver-  
388 sorgung auszunutzen. Dies kann ggf. durch Bereitstellung von Räumlichkeiten für  
389 Gesundheitszentren, etwa im ländlichen Raum, Konzeptionen für Präventions-  
390 maßnahmen, Gesundheitskonferenzen o.ä. geschehen.

391

392

### 393 **2.3.1. Kindertagesstätten**

394

395 Kindertagesstätten sind für uns Orte der Bildung und Erziehung. Wir treten ein für  
396 gleiche Betreuungsbedingungen aller Kinder – egal, ob sie bei freien oder öffent-  
397 lichen Trägern betreut werden. Die finanzielle Mindestausstattung (Betriebskosten-

398 deckung) und die Bereitstellung von Investitionsmitteln muss bei öffentlichen und  
399 freien Trägern auf das gleiche Niveau geführt werden.

400

401 Wir setzen uns über das Ganztagsangebot hinaus für flexible Betreuungsangebote  
402 in Kindertagesstätten ein und wirken darauf hin, ein bedarfsgerechtes Angebot an  
403 Formen der Benachteiligtenförderung in der Kommune vorzuhalten. Dazu zählen die  
404 Einführung kommunaler Familien- bzw. Sozialpässe und eine umfassende Informa-  
405 tion über Rechte und Möglichkeiten für die Inanspruchnahme von Vergünstigungen  
406 in den einzelnen Lebensbereichen.

407

408 Alternative 1: Wir treten für einen kostenfreien Kinderbetreuungsplatz für jedes  
409 Kind in Sachsen-Anhalt ein. In einem ersten Schritt fordern wir ein kostenfreies  
410 KITA-Jahr vor der Einschulung.

411

412 Alternative 2: Eine gerechte Regelung der KITA-Gebühren sollten Kommunen durch  
413 die Einführung von Gebühren, die nach dem Einkommen der Eltern, der Zahl der  
414 Kinder in der Familie und den Betreuungszeiten gestaffelt sind, erreichen.

415

416 Zur Unterstützung einer gesunden Lebensweise von Kindern und Jugendlichen ist  
417 ein gesundes, warmes Mittagessen unerlässlich.

418 Mittelfristig sollte in jeder Kommune die Möglichkeit geschaffen sein, dieses  
419 Mittagessen

420 Alternative 1: gebührenfrei

421 Alternative 2: kostengünstig

422 auszugeben.

423 Die Zubereitung der Mahlzeiten sollte möglichst einrichtungsnah und durch  
424 regionale, saisonale und ökologische Erzeugnisse erfolgen.

425

426

### 427 **2.3.2. Schulen**

428

429 Kinder und Jugendliche sollen in den nächsten Jahrzehnten die Entwicklung in  
430 unserem Land und in den Gemeinden maßgeblich mitgestalten. Dazu müssen sie  
431 die Chance erhalten, selbstbestimmt, entsprechend ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten  
432 und Möglichkeiten aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.  
433 Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich.

434 Deshalb setzen wir uns für flexible, möglichst ortsnahe Schulangebote ein. Die  
435 personelle und materielle Ausstattung der Grund- und Sekundarschulen, der  
436 Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen sowie der Gymnasien muss so gestaltet  
437 sein, dass die Schulen ihrem Bildungsauftrag in vollem Umfang gerecht werden  
438 können.

439

440 Wir unterstützen die Bildung von Ganztagschulen.

441

442 Die bis 2020 noch leicht steigenden Schülerzahlen rechtfertigen keine Schul-  
443 schließungen. Wenn derzeit Schulstandorte vom Land in Frage gestellt werden,  
444 dann nur um die Personalabbauziele der Landesregierung umzusetzen.  
445 Wir treten für kreative Lösungen innerhalb der Schulentwicklungsplanung, wie etwa  
446 die Möglichkeit zur Kooperation von Schulen unterschiedlicher Schulstufen und  
447 Schulformen ein. Wir unterstützen vor Ort alle Initiativen, wie die Errichtung von  
448 Gemeinschaftsschulen, die uns voranbringen auf dem Weg zu einer Schule für alle  
449 Kinder, einer Schule, die dem Anspruch inklusiver Bildung gerecht wird.  
450 Wir setzen uns dafür ein, in den Kommunen die Voraussetzungen zu verbessern,  
451 dass alle Kinder gemeinsam lernen können, dazu gehört auch das gemeinsame  
452 Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen.  
453 Eine Schule für alle Kinder muss barrierefrei sein.

454  
455 Eine Spezialisierung der berufsbildenden Schulen in den Kreisen und kreisfreien  
456 Städten auf Grund der demografischen Entwicklung findet unsere Zustimmung.  
457 Regionale Konkurrenzen sind dabei zu überwinden.

458  
459 In wichtigen Bereichen, in denen sich ein Fachkräftemangel abzeichnet oder bereits  
460 herrscht, wie bei der Ausbildung zur Staatlich anerkannten Erzieherin/zum Staatlich  
461 anerkannten Erzieher, plädieren wir für neue Ansätze, um die Absolventenzahlen zu  
462 erhöhen.

463  
464 Wir fordern Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an jeder Schule. Sie sind die  
465 Nahtstelle zwischen Schule, Eltern und Kinder- und Jugendarbeit.

466  
467 Die Umsetzung der Bildungs- und Teilhabepakete müssen im Bereich der Bildung  
468 unbürokratische und kurzfristig erfolgen.

469  
470

### 471 **2.3.3. Sportstätten**

472

473 DIE LINKE will eine ausgewogene kommunale Förderung des Sportes. Die  
474 Sicherung der unentgeltlichen Nutzung von Sportstätten durch Kinder und  
475 Jugendliche im kommunalen Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Die  
476 Erarbeitung von kommunalen Sportentwicklungskonzepten ist das geeignete Mittel,  
477 den Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie den Gesundheits- und  
478 Rehabilitationssport in den Kommunen fest zu verankern. Der Sport muss  
479 Bestandteil der kommunalen Leitbilder sein, weil er zur Daseinsvorsorge gehört.  
480 Gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen ist nicht nur auf den  
481 Konsum der Angebote zu reduzieren. Sie sollen mitentscheiden, was sie betrifft,  
482 auch im Bereich des Sportes. Kommunale Projekte sind bereits in ihrer  
483 Planungsphase auf Kinder- und Familienverträglichkeit zu prüfen. In den Vereinen  
484 und den Organisationen des Sportes sieht DIE LINKE wichtige Partner, um  
485 insbesondere Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness in die Gesellschaft hinein  
486 zu vermitteln und zu stärken.

487 **2.3.4. Medizinische Versorgung**

488

489 DIE LINKE fordert eine ortsnahe und ausreichende medizinische Grundsicherung.  
490 Darüber hinaus zeigt die gegenwärtige Entwicklung, dass dem Erhalt bzw. der  
491 Schaffung eines dichten Beratungsstellennetzes - auch für psychosoziale  
492 Erkrankungen - eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.  
493 Besonders im ländlichen Raum sind deshalb auch neue Versorgungsformen zu  
494 finden oder alte wieder zu beleben (z.B. der Einsatz von Gemeindeschwestern oder  
495 anderen den Arzt entlastenden Diensten). Projekte der Errichtung von Landambu-  
496 latorien oder die Errichtung von medizinischen Versorgungszentren in Kooperation  
497 mit kommunalen Krankenhäusern unterstützt DIE LINKE.

498

499 DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der kommunalen Krankenhäuser ein. Dazu  
500 sollten die entsprechenden Landkreise und kreisfreien Städte Kooperations- oder  
501 Fusionsmöglichkeiten in Betracht ziehen.

502

503

504 **2.3.5. Neue Kultur der Mobilität**

505

506 Veränderte politische Rahmenbedingungen, weniger Finanzen, schrumpfende  
507 Einwohnerzahlen, sich wandelnde Mobilitätsbedürfnisse der Menschen sowie die  
508 Anforderungen des Klimaschutzes erfordern ein intensives Nachdenken über  
509 Organisation und Gestaltung des öffentlichen Verkehrs.

510

511 Für linke Kommunalpolitik gehört zur Verkehrsinfrastruktur, neben der Sicherung  
512 der Mobilität der Menschen, auch die Gestaltung des Verkehrsraumes und des  
513 Verkehrs. Kriterien für unsere Entscheidungen sind die Umweltverträglichkeit,  
514 intelligente Verkehrslösungen und Fragen der Sicherheit.

515

516 Wir wollen sichere Schulwege, sichere Fahrradwege, verkehrsarme Innenstädte.  
517 Dies kann Bestandteil eines Verkehrsentwicklungskonzeptes sein.

518

519 Gemeinden müssen durch ein regelmäßiges, zuverlässiges und vor allem  
520 barrierefreies Verkehrsangebot mit Bus und Bahn erreichbar sein. Dazu gehört auch  
521 die langfristige sozial verträgliche Gestaltung der Tarife. DIE LINKE tritt für einen  
522 fahrscheinlosen ÖPNV ein. Bis wir dieses Ziel erreicht haben, setzen wir auf  
523 Sozialtickets.

524

525 Auch im ÖPNV müssen wir nach neuen Lösungen suchen; so sind flexible Bedien-  
526 formen (etwa „Anrufbus“) und neue Finanzierungsmodelle Bestandteil dieser Suche.

527

528 Modelle des „privat public partnership“ im ÖPNV lehnen wir ab.

529

530 Vor dem Hintergrund möglicher Bestrebungen der EU, die Verbesserung der  
531 Qualität und Quantität des öffentlichen Personennahverkehrs durch europaweite

532 Ausschreibung der Leistungen und damit durch den Zwang zum Verkauf  
533 kommunaler Verkehrsbetriebe zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu  
534 organisieren, setzen wir die Konsequenz zum Erhalt kommunaler Eigentumsformen  
535 entgegen. Wir akzeptieren den Zusammenschluss kommunaler Verkehrsbetriebe,  
536 besonders vor dem Hintergrund der Vernetzung der Regionen. Eigentümerwechsel  
537 kommunaler Verkehrsbetriebe werden an der Stärkung der Bedürfnisse und Rechte  
538 der Fahrgäste und der Mehrung kommunalen Eigentums gemessen.

539

540

### 541 **2.3.6. Kommunale Kultur**

542

543 Für uns als LINKE-PolitikerInnen ist das Vorhalten von institutionellen und sozio-  
544 kulturellen Kulturangeboten in den Kommunen unverzichtbar. DIE LINKE setzt sich  
545 dafür ein, dass das bisherige kulturelle Angebot in seiner Qualität erhalten bleibt.  
546 Haushaltskonsolidierungen dürfen nicht zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger  
547 führen und die Attraktivität der Region gefährden.  
548 Kulturangebote von landespolitischer Bedeutung, wie Theater und Orchester,  
549 herausragende bauhistorische Zeugnisse, wie Burgen und Schlösser sowie Gedenk-  
550 und Weltkulturerbestätten, müssen durch gemeinsame, verlässliche und langfristige  
551 Zusammenarbeit zwischen Kommunen und dem Land erhalten werden.

552

553 Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, die besondere Angebote für Kinder  
554 und Jugendliche bereithalten, sind wichtige Orte der Vermittlung des Lernens und  
555 der Kreativität. Diese wollen wir sichern und erhalten.

556

557

### 558 **2.4. Kommunale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**

559

560 Der Bund wälzt systematisch finanzielle Lasten im Bereich der Sozialpolitik auf  
561 Städte und Gemeinden ab. Dies kann die kommunale Politik vor Ort nicht voll-  
562 ständig ausgleichen. Gleichwohl können linke kommunale Mandatsträgerinnen und  
563 Mandatsträger durch Engagement vor Ort soziale Härten mildern oder abwenden,  
564 zudem politische Alternativen praktisch oder symbolisch verdeutlichen und  
565 Initiativen der Gegenwehr gegen Sozialabbau durch Betroffene unterstützen. Dies  
566 ist Maßstab linker kommunaler Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

567

568

#### 569 **2.4.1. Hartz IV und Jobcenter**

570

571 Die Landkreise/kreisfreien Städte sind an der Umsetzung der Regelungen nach  
572 dem SGB II („Hartz IV“) beteiligt: Entweder über die Jobcenter, deren gemeinsamer  
573 Träger sie zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit sind, oder sogar als  
574 alleiniger Träger im Falle der so genannten „Optionskommune“. Auch wenn DIE  
575 LINKE als einzige Partei die Hartz-IV-Reformen stets und zu Recht grundsätzlich  
576 kritisiert hat, steht sie über ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den

577 Landkreisen und kreisfreien Städten in der Verantwortung bei deren Umsetzung.  
578 Trotz bzw. gerade wegen unserer Kritik am „System Hartz IV“ setzen sich daher  
579 linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Kreistagen und Stadträten der  
580 kreisfreien Städte dafür ein, die Anspruchslage der Betroffenen zu verbessern,  
581 soziale Ausgrenzung und Schikanen gegen sie zu vermeiden und individuelle oder  
582 gemeinsame Widerständigkeit zu unterstützen.

583

#### 584 **Kommunale Einflussnahme auf die Jobcenter**

585 DIE LINKE wird sowohl dort, wo die Zuweisung der Zuständigkeit nach dem SGB II  
586 in alleiniger Trägerschaft der Kommunen erfolgt („Optionskommunen“) als auch  
587 dort, wo der Vollzug des SGB II durch gemeinsame Einrichtungen von Bundes-  
588 agentur für Arbeit und Landkreis bzw. kreisfreie Stadt erfolgt („gemeinsame Einrich-  
589 tung“), die jeweilige Struktur der Jobcenter erhalten. In der jeweiligen Struktur  
590 werden linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger versuchen,  
591 größtmöglich kommunalpolitischen Einfluss auf Richtlinien und Entscheidungen der  
592 Jobcenter zu nehmen. In Jobcentern als gemeinsame Einrichtung werden wir darauf  
593 hinwirken, dass die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter der Trägerversamm-  
594 lung aus der Mitte des Kreistages benannt werden. DIE LINKE wird zudem durch die  
595 kommunalen Vertreterinnen und Vertreter in der Trägerversammlung darauf  
596 hinwirken, dass die Geschäftsführung der gemeinsamen Einrichtung in enger  
597 Abstimmung mit dem kommunalen Träger erfolgt. In Optionskommunen wird DIE  
598 LINKE darauf Einfluss nehmen, dass wesentliche Entscheidungen und Richtlinien im  
599 Kreistag diskutiert werden als auch darauf hinwirken, dass eine umfassende  
600 Vernetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Vermittlung u.a.) mit den gemeinsamen  
601 Einrichtungen und der Bundesagentur für Arbeit erfolgt. Gleichzeitig setzen wir uns  
602 in den Vertretungen der Kreistage und kreisfreien Städte für umfassende  
603 Informations- und verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten der kommunalen  
604 Vertretungskörperschaften in den Jobcenter-Beiräten ein. Linke Mandats-  
605 trägerinnen und Mandatsträger treten dafür ein, dass wesentliche Beschlüsse der  
606 Jobcenter-Trägerversammlung an vorherige Beschlüsse im Kreistag bzw. Stadtrat  
607 gebunden werden.

608

#### 609 **Unterkunftskosten (KdU) und Mehrbedarfe**

610 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich für die  
611 zeitnahe Erstellung und Aktualisierung von realistischen Mietwerterhebungen durch  
612 ein sozialrechtlich gefordertes „schlüssiges Konzept“ ein, um Angemessenheits-  
613 kriterien zu ermitteln.

614 Ausnahmetatbestände für U25-Jährige zum Bezug eigenen Wohnraums sollen  
615 großzügig angewendet werden. Zudem setzen sich linke kommunale Mandats-  
616 trägerinnen und Mandatsträger dafür ein, dass die Angemessenheitskriterien für  
617 Erstaussstattungen tatsächlich bedarfsdeckend, explizit ohne Verweis auf  
618 Gebrauchtwarenhöfe, Sozialkaufhäuser o.ä. und zudem in Bargeld, nicht als  
619 Wertgutschein, erfolgen. Der Bezug größeren Wohnraumes bei Schwangerschaft  
620 soll bereits mindestens drei Monate vor voraussichtlicher Geburt, nicht erst  
621 unmittelbar vor oder gar nach Geburt, möglich sein.

622 **2.4.2. Ein-Euro-Jobs**

623

624 DIE LINKE lehnt „1-Euro-Jobs“ ab, da sie kein rechtliches Arbeitsverhältnis  
625 darstellen, tarifrechtliche Regelungen unterlaufen, grundrechtlich problematisch  
626 sind und häufig Anknüpfungspunkte für Sanktionen darstellen. Gleichwohl nehmen  
627 wir zur Kenntnis, dass eine ganze Reihe von Betroffenen durchaus Interesse an der  
628 Aufnahme von 1-Euro-Jobs hat, da diese für sie eine Möglichkeit schaffen,  
629 zumindest scheinbar wieder eine Art Arbeitsalltag herzustellen sowie damit  
630 verbundene soziale Kontakte und gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen.  
631 Zudem sind die Betroffenen durchaus froh über den so erzielten Zuverdienst von ca.  
632 100,- € monatlich. Weiterhin nehmen wir zur Kenntnis, dass für viele Vereine oder  
633 Kommunen 1-Euro-Jobs eine willkommene Möglichkeit sind, nützliche, aber nicht  
634 über ein Normalarbeitsverhältnis finanzierbare, Tätigkeiten umzusetzen.

635

636 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind sich dieses  
637 Spannungsfeldes bewusst. AGH-Zuweisungen gegen den Willen von Betroffenen  
638 lehnen wir ab. Zudem wollen wir durchsetzen, dass die kommunalen Gremien bei  
639 der Prüfung der Voraussetzungen der AGH-Maßnahme beteiligt werden. Wir  
640 unterstützen die Betroffenen bei der Durchsetzung von eventuellen Wertersatz-  
641 /Lohnansprüchen oder drohenden Sanktionen. Zudem wirken wir darauf hin, dass  
642 auf kommunaler Ebene eine unabhängige und von AGH-Beschäftigten gewählte  
643 Vertretung geschaffen wird, an die sich Betroffene bei Problemen in ihrer AGH-  
644 Zuweisung wenden können.

645

646

647 **2.4.3. Lohnansprüche überleiten - Billiglohnunternehmen zur Kasse!**

648

649 Als kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden wir intensiv darauf  
650 hinwirken, dass von Unternehmen, deren Beschäftigte auf Grund von sitten- und  
651 tarifwidrigen Löhnen, rechtswidriger Praktika, „Probearbeitsverhältnissen“, Schein-  
652 Werkverträgen, Scheinselbstständigkeiten oder ähnlichen Umgehungstatbeständen  
653 aufstockend Leistungen beim Jobcenter beziehen müssen, diese Leistungen  
654 konsequent zurückgefordert werden (Anspruchsübergang gemäß § 33 SGB II)

655

656

657 **2.4.4. Kinderarmut bekämpfen**

658

659 Linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich in den kommunal-  
660 politischen Gremien dafür ein, der Kinderarmut entgegenzutreten. Dazu sollten  
661 regelmäßig konkret abrechenbare Handlungsempfehlungen (Maßnahmepläne)  
662 erarbeitet werden.

663

664 Linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich für die Einhaltung der  
665 Kinderrechte (UN-Kinderrechtskonvention) und den Kinder- und Jugendschutz ein.

666 Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind zu sichern. Dabei sollten  
667 besonders Betroffenenverbände und Selbsthilfegruppen unterstützt werden.

668  
669 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich dafür ein,  
670 dass die **Abzweigung von Kindergeld bei Eltern behinderter Kinder** aus sozialen  
671 Gründen, jedenfalls bis zur Klärung der bisher umstrittenen Rechtslage, durch die  
672 Kommunen nicht erfolgt.

#### 673 674 **Rückforderung von Unterhaltsvorschuss**

675 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich dafür ein,  
676 dass geleistete Unterhaltsvorschusszahlungen gegenüber den  
677 Unterhaltsverpflichteten, die sich trotz Leistungsfähigkeit ihrer Unterhaltspflicht  
678 entziehen, konsequent zurückgefordert werden (Anspruchsübergang gemäß § 7  
679 UVG).

#### 680 681 682 **2.4.5. Aufnahme und Integration von Asylbewerberinnen und** 683 **Asylbewerbern**

684  
685 Die Kommunen Sachsen-Anhalts sollten die positiven Erfahrungen anderer  
686 Kommunen in der Arbeit von Migrationsbeiräten und Ausländerbeauftragten als  
687 Instrument aktiver Integrationspolitik nutzen. Unsere Arbeit wird darauf gerichtet  
688 sein, vorhandene und neue Netzwerke zu fördern, die der Selbstorganisation und  
689 der Interessenvertretung von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten  
690 dienen.

691  
692 Nach dem AufnG LSA erfolgt die Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewer-  
693 bern durch die Landkreise und kreisfreien Städte, die vorrangig in zentralen  
694 Asylbewerberheimen untergebracht werden.

695 Linke kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich für einen  
696 humanen Umgang mit zugewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein.  
697 Dies betrifft die Zurverfügungstellung von dezentralem Wohnraum, Schaffung von  
698 Möglichkeiten der Integration sowie den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments  
699 in der Bevölkerung. Es ist uns bewusst, dass die Bundes- und Landes asylgesetze  
700 häufig diesem Ziel entgegenstehen und selbst ausgrenzend sowie desintegrierend  
701 wirken. Dem wollen wir entgegenwirken.

702 Hierbei nutzen wir die gesetzlich gegebenen Ausnahmetatbestände des AufnG  
703 umfassend aus, insbesondere bei Familien und langjährig hier lebenden  
704 Asylsuchenden. Dies hat humanitäre, aber auch sogar finanzielle Vorteile für die  
705 Kommune. Die Unterbringung der Asylsuchenden wollen wir kommunal  
706 organisieren, um eine - soweit möglich - soziale Teilhabe von Asylbewerberinnen  
707 und Asylbewerbern abzusichern. Wir wollen, dass Kinder von Asylbewerberinnen  
708 und Asylbewerbern zur Schule gehen, und zwar unabhängig vom Aufenthaltstitel.  
709 Wir treten dafür ein, dass die untere Ausländerbehörde ihr Ermessen bei der  
710 Erteilung von Arbeitserlaubnissen umfassend zu Gunsten der Asylbewerberinnen



711 und Asylbewerber nutzt. Zugleich lehnen wir die Ausgabe von Wertgutscheinen statt  
712 Bargeld ab. Als kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen wir uns  
713 dafür ein, dass die kommunalen Ausländerbehörden ihren gesamten Gesetzes-  
714 spielraum für die Erteilung von Aufenthaltstiteln sowie für die Anerkennung von  
715 Abschiebehindernissen umfassend nutzen. Abschiebungen lehnen wir als inhuman  
716 ab, werden diese in der Öffentlichkeit kritisch thematisieren und diese mit allen uns  
717 zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln versuchen zu verhindern.

718

719

## 720 **2.5. Moderne Kommunikationstechnik / IT / E-Gouvernement**

721

722 Wir setzen uns für die Entwicklung einer E-Gouvernement-Strategie ein, die eine  
723 Alternative zu den bisherigen Insellösungen darstellt. Diese soll für Kommunen  
724 moderne und zukunftsorientierte, sowie barrierefreie Lösungen anbieten, dabei  
725 aber nicht die kommunale Selbstverwaltung beschränken. DIE LINKE setzt sich  
726 aktiv für einen flächendeckenden Breitbandausbau im städtischen und ländlichen  
727 Raum ein. Durch eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit ist zudem zu  
728 gewährleisten, dass die Rathäuser als Eingangsportale Bürgerservice aus einer Hand  
729 mindestens für beide kommunalen Ebenen orts- und bürgernah anbieten, welcher  
730 durch Angebote mobiler Behördentätigkeit im ländlichen Raum zunehmend ergänzt  
731 wird.

732

733 Teilhabe für Alle bedeutet für uns auch die Möglichkeit für jede und jeden, an den  
734 kommunalen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. DIE LINKE fordert, dass die  
735 Arbeitsmöglichkeiten der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und  
736 Mandatsträger zu verbessern sind, um zu verhindern, dass diese Mitwirkungs-  
737 möglichkeit durch die eigene soziale Situation beschnitten wird. Ferner gilt es, die  
738 direkten Beteiligungsmöglichkeiten (Bürgerbegehren und -entscheide) sinnvoll  
739 weiter zu entwickeln und Instrumente wie den Bürgerhaushalt im breiteren Umfang  
740 anzuwenden.

741 Das Internet hat unsere Arbeits- und Lebensbedingungen gravierend verändert. Wir  
742 wollen dieses Medium stärker als bisher auch in der Kommunalpolitik nutzen  
743 können.

744

745 E-Gouvernement verbessert Information, Kommunikation, Transaktion und  
746 Integration von Bürgerinnen und Bürgern. Somit werden die Teilhabe an  
747 kommunalen Prozessen, Transparenz der einzelnen Entscheidungen, eine  
748 vielschichtige Zusammenarbeit und die Effizienz im Verwaltungshandeln verbessert.  
749 Ratsinformationssysteme, offene Verwaltungsdaten und der direkte Zugriff auf best-  
750 practice-Erfahrungen sind für uns wichtige Arbeitsmittel.

751

## 752 **Interkommunale Zusammenarbeit**

753 DIE LINKE sieht in der interkommunalen Zusammenarbeit eine wirksame  
754 kommunalpolitische Strategie, um der neoliberalen Markt- und Standortkonkurrenz  
755 entgegenwirken zu können. Sie bietet Städten und Gemeinden die Chance,

756 kommunale Aufgaben wirtschaftlicher und kostengünstiger, bürgernäher und  
757 qualitätsvoller zu erfüllen. Ressourcen, die für die Erbringung öffentlicher  
758 Dienstleistungen notwendig sind, können gebündelt und damit wirksamer  
759 eingesetzt werden. Verwaltungen können gezielter voneinander lernen und auf dem  
760 jeweils fortschrittlichsten Niveau bürgernah ausgebaut werden. Regionale  
761 Kreisläufe können geschaffen werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass hohe  
762 Einsparpotenziale erzielbar sind, insbesondere in den Bereichen Abfall- und  
763 Abwasserbeseitigung, Straßenbetriebsdienst, Tourismus, Feuerwehren, Bildungs-  
764 und Kultur-Angebote, Kommunale Rechenzentren, Regionale Portale und  
765 verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen sowie Interkommunale  
766 Gewerbegebiete. Eine dauerhafte und erfolgreiche interkommunale Zusammen-  
767 arbeit ist möglich, wenn alle Beteiligten auf der Basis der Freiwilligkeit, von  
768 Transparenz und Offenheit sowie einer vertrauensvollen Verständigung  
769 zusammenarbeiten. Sie müssen bereit sein, in einen ständigen Erfahrungsaus-  
770 tausch zu treten und voneinander zu lernen.

771

772

773

### 774 **3. Städte und Gemeinden: auf kommunalen Pfaden des sozial-** 775 **ökologischen Umbaus**

776

777 Dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft liegt eine andere Perspektive von  
778 Regional- und Strukturentwicklung zugrunde: die kommunale Sichtweise. Die  
779 Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort an den Entscheidungen, wie  
780 wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in  
781 wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden,  
782 schafft die notwendige Akzeptanz, auch auf lokaler Ebene die Frage, wie wir  
783 eigentlich leben wollen, als LINKE zu beantworten. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht  
784 für eine dezentrale, eine kommunale Energiewende, die sozial und demokratisch  
785 ausgestaltet ist.

786 Die kommunal gestaltete Energiewende als alternativer Pfad zur Dominanz der  
787 großen Stromkonzerne hat mittlerweile einen „point of no return“ erreicht.  
788 Deutschlandweit befinden sich mittlerweile 40 Prozent der Anlagen erneuerbarer  
789 Energien in Bürgerhand, haben sich etwa gut 600 Energiegenossenschaften  
790 gebildet, entstehen Bioenergiedörfer und erwerben Städte und Kommunen die  
791 Konzessionen für die Energienetze zurück. Durch den fortgesetzten Ausbau ist die  
792 kommunale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien erheblich angewachsen und  
793 liegt bei ca. 7 Mrd. Euro.

794 Die Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner an kommunalen Projekten kann  
795 starke Motivation sein, Wertschöpfung zu einem Entwicklungsimpuls für Region und  
796 Heimat zu machen.

797

798

799

### 800 **3.1. Flächenverbrauch – Versiegelung**

801

802 Täglich werden in Deutschland etwa 90 ha Fläche versiegelt (Quelle UBA).  
803 Betroffene Flächen sind dabei oft Naturräume und landwirtschaftliche Nutzflächen.  
804 Straßenbaumaßnahmen, Eigenheimsiedlungen und Verkaufsflächen auf der Grünen  
805 Wiese zersiedeln langsam gewachsene Siedlungsräume und nehmen der Landwirt-  
806 schaft und der Natur Raum, um vernünftig bestehen zu können.  
807 Wir treten dafür ein, dass jede Versiegelung mit einer Entsiegelung an anderer  
808 Stelle ausgeglichen werden muss. Versiegelte Industriebrachen und bestehende  
809 Wohnsiedlungen in Dörfern und Städten müssen effektiv genutzt werden, um die  
810 Ausdehnung der Siedlungsräume zu verhindern. Dadurch wird das Sterben der  
811 Innenstädte und der Dörfer verhindert.

812

813

### 814 **3.2. Mobilität für alle**

815

816 Gerade auf dem Lande wird es immer schwieriger, ohne eigenen PKW Ärzte,  
817 Einkaufsmöglichkeiten, Sportstätten und Kultureinrichtungen sowie Schule und  
818 Arbeitsplatz zu erreichen.  
819 Um eine heterogene Altersstruktur von Rentner bis Kleinkind in den Dörfern zu  
820 gewährleisten, ist es wichtig die individuellen Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen.  
821 Nahverkehrskonzepte müssen so gestrickt werden, dass der Überlandbus  
822 bezahlbar, verlässlich und sinnvoll getaktet fährt. Der nächste Bahnhof ist mit dem  
823 Bus so zu erreichen, dass ein Anschluss an die Regionalzüge möglich ist. Die  
824 steigenden Preise für Treibstoff und schlecht unterhaltene Straßen sind für viele  
825 Bürgerinnen und Bürger ein großes Ärgernis. Es gilt den öffentlichen Personennah-  
826 verkehr so günstig in Preis, Taktung und Netz zu gewährleisten, dass dieser eine  
827 echte Alternative zum Individualverkehr ist. Die Bezahlbarkeit sollte dabei nicht die  
828 allererste Frage sein. Wenn aber die Unterhaltungskosten für das Straßennetz  
829 weiter steigen, werden über kurz oder lang die Kosten für das Unterhalten eines  
830 PKW (PKW-Steuer) so stark steigen, dass der ÖPNV zur Stelle sein muss, damit die  
831 Menschen mit dem kleinen Geldbeutel nicht von der Mobilität abgehängt werden.

832

833

### 834 **3.3. Energie, Wasser, Abwasser, Müll**

835

836 DIE LINKE setzt sich für die Schaffung von administrativen regionalen Energie-  
837 kooperationen ein. Elektrische Energie muss viel mehr vor Ort erzeugt werden.  
838 Bürgerkraftwerke im ländlichen Raum, Stadtwerke in den Ballungszentren müssen  
839 in die Lage versetzt werden, den Strom für sich selbst zu erzeugen. Windparks, die  
840 Strom für Süddeutschland erzeugen und das Landschaftsbild stören sowie massiv  
841 Vögel und Fledermäuse einschränken/bedrohen, dürfen unsere Regionen nicht  
842 dominieren. Es muss die Frage gestellt werden, wie viel Strom wir benötigen und  
843 wie wir unseren Bedarf decken können. Sollten die Kraftwerke in der Lage sein,  
844 über die Region hinaus Strom zu liefern, dann müssen die betroffenen Bürgerinnen

845 und Bürger direkt partizipieren. DIE LINKE wird sich kommunal für eine naturver-  
846 trägliche Biomassegewinnung, Kleinblockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung  
847 einsetzen. Gerade Letzteres kann durch die Stadtwerke oder als genossenschaftlich  
848 organisiertes Bürgerkraftwerk betrieben werden.

849

850 Die Themen Wasserver- und Abwasserentsorgung werden gerade im ländlichen  
851 Raum weiterhin massive Kontroversen auslösen. Es darf nicht sein, dass bei einer  
852 schrumpfenden Bevölkerung die „Übriggebliebenen“ die Kosten tragen müssen. Der  
853 Anschlusszwang muss aufgehoben werden. Dezentrale Reinigungsmethoden wie  
854 Pflanzenkläranlagen reinigen mittlerweile effektiver als so genannte moderne  
855 Großkläranlagen. Diese Anlagen sind in Herstellung und Unterhaltung um den  
856 Faktor 2-3 günstiger als die teure Überleitung in entfernte Großkläranlagen. Es  
857 muss also bei unrentabler Abwasserentsorgung der Rückbau vor Kostenerhöhung  
858 liegen.

859 Das Thema Müll ist ein vielschichtiges. Die Möglichkeiten, Müll zu trennen sorgen  
860 dafür, dass die Restmülltonnen in der Regel kaum gefüllt werden. Deshalb sollten  
861 die Kommunen dazu übergehen, effektiver die Entsorgung zu planen. Größere  
862 Tonnen, größere Abfuhrintervalle bedeuten zwar ein Schrumpfen der Entsorgungs-  
863 betriebe, aber auch ein Schrumpfen der Kosten. Wenn die Bevölkerung schrumpft,  
864 darf die Infrastruktur angepasst werden.

865

866

### 867 **3.4. Ökologische Verbundsysteme im ländlichen Raum**

868

869 Monokulturen für die Energiegewinnung dominieren große Teile Sachsen-Anhalts.  
870 Eine Verrapsung (Biodiesel) und Vermaisung (Biogasanlagen) sorgen für eine  
871 Verarmung der Böden und für den Rückgang der Artenvielfalt auf dem Land. Kaum  
872 jemand erwartet, dass in den Städten die Vielfalt an Pflanzen und Tieren größer ist  
873 als auf dem Land; es ist aber leider so. Der ländliche Raum hat nicht allein die  
874 Aufgabe Erträge abzuwerfen. Er soll auch Erholungsraum für die Bürger und  
875 Lebensraum für Pflanzen und Tiere sein.

876 Wir fordern deshalb eine Abkehr von riesigen Monokulturen und die Schaffung von  
877 Diversität fördernden Lebensräumen wie Feldgehölzen, extensiv genutztes Grünland  
878 und eine naturnahe Waldwirtschaft, wo es möglich ist. Die Anreize für die  
879 Flächenbesitzer müssen entsprechend groß sein.

880

881

882

## 883 **4. Städte und Gemeinden: im Spannungsfeld von** 884 **Haushaltskonsolidierung und Gestaltungsanspruch**

885

886 DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik in den Kommunen, die für die Leistungen  
887 der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt.

888 Wirtschaftlichkeit messen wir zuallererst an der Aufgabenerfüllung gegenüber den  
889 Einwohnerinnen und Einwohnern.

890 Wir verschließen uns nicht notwendigen Anpassungen und Einsparungen, die wir  
891 unter dem Gesichtspunkt des Sozialen prüfen und bewerten.

892

893 Dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner mit Gebühren und Beiträgen kommunale  
894 Aufgaben mitfinanzieren, wird sich DIE LINKE für eine Offenlegung und vollständige  
895 Transparenz der Kalkulationsgrundlagen einsetzen. Wir streben dort, wo es möglich  
896 ist, eine Gebühren- und Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten an. Den Verkauf  
897 von kommunalem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir strikt ab.

898

899 Wir werden bei der Bemessung von Abschreibungen und der Bildung von  
900 Rückstellungen darauf achten, dass nicht zu Lasten der Handlungsfähigkeit der  
901 Kommune Bewertungsspielräume falsch genutzt werden.

902

903 Auch in den Kommunen gilt: Ohne Moos nix los.

904

905 Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte werden mit Problemen allein gelassen, deren  
906 Verursacher sie nicht sind. Unter dem Stichwort „Haushaltskonsolidierung“ werden  
907 allorts die Dinge weggekürzt, die eine Kommune lebenswert machen. Die Lösung  
908 der kommunalen Haushaltsprobleme muss auf Bundes- und Landesebene erfolgen!  
909 DIE LINKE hat hierzu Vorschläge unterbreitet:

- 910 • Wir stehen für die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer, die die  
911 bisherige Gewerbesteuer ablösen soll. Mit ihr wollen wir alle selbständigen,  
912 mit Gewinnabsicht ausgeübten Tätigkeiten besteuern.
- 913 • Für den kommunalen Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt haben wir einen  
914 Vorschlag unterbreitet, der die Kommunen nicht von der allgemeinen  
915 Steuerentwicklung abkoppelt, den Mindestbedarf sichert und innerhalb der  
916 kommunalen Familie einen angemessenen Ausgleich schafft.
- 917 • Wir fordern auch für die vor der Föderalismusreform II den Kommunen vom  
918 Bund übertragenen Aufgaben die Anwendung des Konnexitätsprinzips – es  
919 muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt auch.

920

921

922

## 923 **5. Städte und Gemeinden: im europäischen Spannungsfeld**

924

925 Die europäische Integration stellt kommunales Handeln vor neue Heraus-  
926 forderungen. Bei notwendigen Veränderungen können wir uns nicht damit  
927 begnügen, mit Protesten zu reagieren und alles Bestehende kritiklos zu verteidigen.  
928 Vielmehr geht es darum, gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern  
929 nach neuen Lösungen zu suchen, Alternativen aufzuzeigen, mit Mut Prioritäten zu  
930 verändern und die eigenen Entscheidungen transparent darzustellen.

931 Es wird in vielen Fällen vorkommen, dass aus Gründen der Haushaltskonsolidierung  
932 und aus europa- und vergaberechtlichen Vorgaben zu prüfen ist, ob die Beibehal-  
933 tung der kommunalen Verantwortlichkeiten als Pflichtaufgabe (z.B. Gewährleis-  
934 tungspflicht der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Vergabe der  
935 Linienbündel beim ÖPNV) die Leistungen auf dem Wege der Ausschreibung durch  
936 Marktteilnehmer oder durch die eigenen kommunalen Betriebe erbracht werden  
937 können.

938 DIE LINKE wird sich bei der Daseinsvorsorge nicht auf die Einteilung der EU-  
939 Kommission in „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ und „Dienst-  
940 leistungen von allgemein wirtschaftlichem Interesse“ einlassen. Daseinsvorsorge ist  
941 ein universelles Recht und darf nicht den wirtschaftlichen Interessen Weniger  
942 dienen. Durch die mit dem Binnenmarkt forcierte Liberalisierung und Privatisierung  
943 ehemals staatlicher Monopole bei Telekommunikation, Post, Bahn und Strom  
944 entsteht nach Logik der Kommission für alle sozialen Bereiche, auch für die regional  
945 und lokal begrenzten wie ÖPNV sowie öffentliche Bildungs- und Kultureinrichtungen  
946 ein Markt. Dieser Logik setzen wir Widerstand entgegen.

947 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die direkte Demokratie in Europa gestärkt wird.  
948 Dazu zählt auch die Unterstützung europäischer Bürgerinitiativen, wie z.B. gegen  
949 die Privatisierung des Wassers.

950 Die kommunalen Spitzenverbände müssen den Druck auf Bund und Länder weiter  
951 erhöhen, damit kommunalen Interessen und der Aufgabenerfüllung auf EU-Ebene,  
952 aber auch auf Bundes- und Länderebene, stärker entsprochen wird. Die Schaffung  
953 regionaler Verbände städtischer Unternehmen stärkt ihre Position und Ressourcen.

954 DIE LINKE setzt sich für eine kommunale und regionale Einbringung in Europa ein.  
955 Um dieses Ziel zu erreichen, muss auch das politische Konzept des „Europa der  
956 Regionen“ gestärkt werden.